

LIBERALE PERSPEKTIVEN

1/2011

Wissen um Wirtschaft

Inhaltsverzeichnis

Aufschlag	3
Bürger packt an!.....	4
Was bedeutet der Euro für Europa?	6
Nochmals: DAS AMT und die Vergangenheit.	8
Freiheit neu Denken – Eine Aktion des LHG	10
Neuer LHG-Bundesvorstand gewählt.....	13

Impressum

Die Liberalen Perspektiven werden herausgegeben vom

VLA – Verband Liberaler Akademiker e.V.

Ackerstraße 3 b
D-10115 Berlin
Tel. 030/2838 94 21

Der VLA ist ein als gemeinnützig anerkannter Verein und eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichtes Charlottenburg unter Nr. 20 VR 2896.

Bei Nachdruck wird ein Belegexemplar erbeten. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion und Satz:
Wolf Dermann (V.i.S.d.P)
Heike Moser, Corinna Groth und Steffen Glöckler (Rundbrief)

Redaktionsadresse:
Wolf Dermann
Wellritzstr. 7
65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 / 24 00 36 57

Druck:
Druckerei Herrmann
Großalbershof 85, 92237 Sulzbach-Rosenberg
mail@herrmann-offsetdruck.de

Bankverbindung des VLA:
Postbank Köln
BLZ 370 100 50
Kto. 2061 40-508

Aufschlag

Liebe Conseniorinnen und Conseniorinnen,
liebe Freunde des VLA!

Die „Wutbürger“ können auch konstruktiv sein, das ist das Fazit aus dem Bericht in diesem Heft über eine vom Bonner Oberbürgermeister angeregte Internet-Befragung zum Haushalt der Stadt Bonn. Am Wochenende davor hatte der VLA zum Regionaltreffen Köln-Bonn eingeladen, um mit Ratsmitgliedern die Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunalpolitik in Zeiten leerer Kassen zu diskutieren. Die Bonner FDP sprach sich für eine erweiterte Bürgerbeteiligung über Internet aus. Die auf diesem Wege erhaltenen zusätzlichen Informationen und Vorschläge seien wichtig für die eigene Position und Argumentation, die Verantwortung liege aber immer beim Rat, der abschließend entscheidet.

Bürgerbeteiligung

Bekanntlich ist die Kommune die Keimzelle politischen Tuns. Obwohl ein Stadtrat kein Parlament ist, lassen sich aber vielleicht hinsichtlich der Bürgerbeteiligung Anregungen auch für Landes- und Bundespolitik ableiten. Umstrittene Großprojekte wie aktuell „Stuttgart 21“ oder die Kernenergienutzung könnten durchaus breite Aufklärung und demokratische Klarheit brauchen. In seinem Gastkommentar im Handelsblatt vom 02.12.2010 schloss FDP-Generalsekretär Christian Lindner Volksentscheide nicht aus, die aber an den Beginn eines Großprojekts und nicht an den Schluss gehörten. Mir scheinen dabei folgende Gedanken wichtig: Es muss unterschieden werden zwischen Tatsachen und Meinungen über Tatsachen, z.B. in Fragen der Sicherheit. Die politischen und wirtschaftlichen Interessenlagen der Beteiligten müssen transparent sein. „Direkte Demokratie“ darf nicht heißen, 51 % haben Recht, 49 % haben Unrecht. Es gibt Bereiche, die sich für Volksabstimmungen nicht eignen, wenn z.B. Bürgerrechte betroffen sind oder die Freiheit der Kunst.

Bei der Nutzung der Kernenergie ist der FDP-Beschluss von 1988 als „Übergangstechnik“ später unter dem Vorsitz von Otto Graf Lambsdorff bestätigt worden und immer noch gültig. Erneute Suche nach gesellschaftlich einvernehmlichen Lösungen könnte nach 23 Jahren durchaus sinnvoll sein. Die Frage lautet aber nicht: „Welcher Kraftwerkstyp ist mir am liebsten?“ sondern: „Wie wollen wir leben?“



Wissen um Wirtschaft

Bei allen Bemühungen um mehr Bürgerbeteiligung ist aber den an Politik Interessierten oder aktiv Tätigen bekannt, dass Politik auch etwas mit Wissen zu tun hat. Wir wollen mit dem VLA Pfingstseminar 2011 einen Beitrag leisten zum Wissen um Wirtschaft und Moral für Teilnehmer, die gerne Verantwortung tragen. Wirtschaft umfasst Industrie, Handel und sonstige Dienstleistungen, Finanzwirtschaft, sowie Politik und Gesellschaft, Kultur, Umwelt, Bildung. Wir leben in einer Zeit der Globalisierung nicht nur im Sinne der Internationalisierung von Arbeitsteilung, Warenaustausch und Zahlungsverkehr sondern auch von Lebensformen und Konsummustern. Es gibt auch Weiterentwicklungen zu einer ökologisch-sozialen Marktwirtschaft oder „humanistischen“ Marktwirtschaft

Zu unserem Pfingstseminar lade ich Sie herzlich ein. Nehmen Sie die Gelegenheit wahr, mit hochkarätigen Referenten aus Wirtschaft und Wissenschaft – auch aus den eigenen Reihen – in Bad Zwischenahn zu diskutieren. Aus der ausführlichen Seminarankündigung sehen Sie auch, dass die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Stiftung und mit dem Bundesverband der LHG weiter fortgesetzt wird.

Diesem Heft liegen auch wieder Berichte aus den Hochschulgruppen bei, wie überhaupt die Zusammenarbeit mit dem im Januar neu gewählten LHG-Bundesvorstand rundum gut angelaufen ist.

Ich wünsche Ihnen ein frohes Osterfest und freue mich auf das Treffen zu Pfingsten in Bad Zwischenahn.

*Mit herzlichem Gruß
Ihr Michael Daemgen*

Bürger packt an!

Nuancen in der frühen politischen Regionaltreffen des VLA in Bonn informiert über neue Formen der Bürgerbeteiligung

von Sven-Oliver Wolff

Unter dem Motto „Bonn packt’s an“ waren Bonner Bürgerinnen und Bürger in der Zeit vom 18. Januar bis 16. Februar 2011 aufgerufen, sowohl Spar- und Einnahmenvorschläge der Bonner Stadtverwaltung als auch Bürgervorschläge zum Haushalt auf einer eigens eingerichteten Internetplattform zu bewerten und zu kommentieren. Hintergrund dieser in dieser Form in der europäischen Union bisher einmaligen Form der Bürgerbeteiligung war die angespannte Haushaltslage der Stadt. In den Jahren bis 2015 würde dem Internetaufruf der Stadt Bonn zufolge das städtische Vermögen ohne eine weitere Konsolidierung um weitere 521,5 Millionen Euro reduziert und ein Ansteigen der Kassenkredite unvermeidbar werden. Ein ausgeglichener Haushalt könnte bereits ab 2011 nicht mehr vorgelegt werden.

Im Rahmen des VLA-Regionaltreffens, zu dem am 14. Januar 2011 fünfzehn Teilnehmer ins Haus Daufenbach gekommen waren, skizzierte Consenior und FDP-Ratsmitglied Achim Schröder diese prekäre Lage und zeigte, was der Stadt droht, wenn sich Rat und Verwaltung nicht auf ein Sparkonzept einigen: der Nothaushalt.

Er erläuterte die Ursachen der finanziellen Misere, unter der die meisten deutschen Städte zu leiden haben, darunter die Zuweisung immer weiterer Pflichtaufgaben durch Bund und Land sowie die nur un stetig fließenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Insbesondere ging er aber auch auf hausgemachte Bonner Probleme ein. So neige die schwarz-grüne Ratsmehrheit aus Angst vor unliebsamen Entscheidungen zur Lethargie und erschöpfe sich zudem in Konflikten mit der Stadtverwaltung und dem SPD-Oberbürgermeister. Auch sei in Bonn eine gewisse Mentalität aus Hauptstadtzeiten verblieben, aufgrund derer man ein überdurchschnittliches Angebot an Kultur- und Freizeiteinrichtungen als selbstverständlich erachte und nicht recht einsehe, dafür nunmehr selbst aufkommen zu müssen. Besonders aber wegen des Skandals um die Bauruine des World Conference Centers Bonn (WCCB), bei dem die Stadt bislang unabsehbare finanzielle Risiken auf sich geladen habe, seien einige Ratsvertreter geradezu in eine Schockstarre verfallen. Aus Angst, der Stadt weiteren Schaden zuzufügen, werde lieber gar nichts

mehr entschieden. Die durch die WCCB-Pleite entstandenen Kosten seien indes nicht Gegenstand der Bürgerbeteiligung, da es sich weitgehend um aus bestehenden Verträgen resultierende Verpflichtungen handele.

Nicole Maldonado, ebenfalls Conseniorin und FDP-Ratsmitglied, erklärte im Anschluss die Funktionsweise der geplanten Internetplattform. Zur Abstimmung gestellt würden alle freiwilligen Leistungen, also all jene Aufwendungen, zu denen die Stadt nicht von Gesetzes wegen verpflichtet ist. Aus einer kurzen Stellungnahme der Verwaltung ergebe sich der Umfang der jeweiligen Leistung und das Sparvolumen aber auch die Konsequenz einer etwaigen Einsparung, etwa die Schließung einer betroffenen Einrichtung. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich zu diesem Zwecke auf der Plattform registrieren und mittels eines Passworts einloggen müssten, könnten dann mit den Varianten „stimme zu“, „stimme nicht zu“ und „neutral“ ausdrücken, wie sie dem Sparvorschlag gegenüberstehen und zudem in einem gesonderten Kommentarbereich umfassendere Stellungnahmen abgeben.

Darüber hinaus könnten auch die Bürger selbst Sparvorschläge einbringen, bei denen die Verwaltung das Einsparvolumen berechne und den Teilnehmern in gleicher Weise zur Abstimmung stelle.

Der Kritik, Rat und Verwaltung entledigten sich auf diese Weise ihrer ureigensten Aufgaben und machten sich letztlich überflüssig, hielt Maldonado entgegen, auch nach Durchführung der Bürgerbefragung komme der Rat nicht umhin, die entsprechende Entscheidungen selbst zu treffen. Gleichwohl biete das Portal die Möglichkeit einer umfangreicheren Bürgerbeteiligung. So komme zu den auch bislang schon angebotenen Bürgergesprächen lediglich eine kleine Anzahl von Bürgern, zumeist Vertreter entsprechender Interessengruppen. Selbst wenn man die Beteiligung von wenigen hundert auf vielleicht Drei- oder Viertausend steigern, sei dies schon ein enormer Erfolg.

In der anschließenden Diskussion ging es denn auch weniger um die einzelnen konkreten Sparvorschläge als vielmehr um die Frage, ob diese neuartige Art der Bürgerbeteiligung ein begrüßenswerter Schritt in Richtung Bürgergesellschaft und Ansporn zu mehr bürgerschaftlichem Engagement sei oder letztlich eher ein Schaden für die repräsentative Demokratie, in der es

eben den gewählten Vertretern obliege, notfalls auch unliebsame aber unvermeidbare Entscheidungen selbst zu treffen. Während einige Diskutanten Beispiele erfolgreichen Bürgerengagements benannten und das Sparpotential durch geschickt genutztes Mäzenatentum etwa in den Hansestädten erwähnten, zweifelten andere schon an den grundlegenden Mechanismen der öffentlich geführten Diskussion. Da vermeintlich gemeinnützigen Interessen in der Regel eine größere öffentliche Anerkennung zukomme als Individualinteressen, werde jedwede Diskussion unaufrichtig geführt, da stets vorhandene und durchaus berechnete Einzelinteressen als dem Gemeinwohl dienend getarnt werden müssten, um überhaupt erwogen zu werden. So seien die wahren Ziele einzelner Vorschläge für den unbefangenen Bürger aber nicht erkenn- und damit auch nicht bewertbar.

Vier Tage nach der Informationsveranstaltung unseres Verbandes, an der auch ein Vertreter der inzwischen wiederbelebten LHG Bonn teilnahm, startete das Bürgerportal. Zwischenzeitlich wurde die Befragung abgeschlossen und erste Ergebnisse der Öffentlichkeit mitgeteilt. Die von der Stadt Bonn initiierte Befragung war mit rund 12.700 registrierten Teilnehmern, die indes nicht zwangsweise aus Bonn stammen mussten, die größte Beteiligung dieser Art, die es bislang in der Europäischen Union gab. Weitere 2700 Teilnehmer hätten zudem über eine Postkartenaktion von Diakonie und Caritas Vorschläge eingebracht. Mehr als 1600 Sparvorschläge seien von den Teilnehmern eingestellt worden. Mit der Berechnung des jeweiligen Sparpotentials war die Stadtverwaltung schon während der Laufphase der Befragung nicht nachgekommen. Zwar habe der Anteil der männlichen Teilnehmer leicht den der weiblichen überwogen und der Anteil der 30-45jährigen mit 33% dominiert, doch habe der Anteil der 46-60jährigen bei 27% gelegen und der der 61-75jährigen mit 11% fast so hoch wie der der 15-29jährigen (12%). In Hinblick auf die eher junge Bevölkerungsstruktur der Stadt Bonn hat sich die Befürchtung, die ältere Generation werde durch die Wahl des Mediums Internet von der Beteiligung ausgeschlossen, eher nicht bestätigt. Auffallend war zudem, dass etwa 40% der Befragten angaben, einen Universitätsabschluss und 14% einen Fachhochschulabschluss zu besitzen. Selbst in Hinblick auf den in Bonn hohen Akademikeranteil ist der Anteil der Gutausgebildeten damit - wie nicht anders zu erwarten - überproportional hoch.

Das Sparziel von 230 Millionen Euro wurde indes verfehlt. Von den eingebrachten Vorschlägen fand lediglich eine Einsparung in Höhe von 45,2

Millionen Euro eine Mehrheit. Bei weiteren Vorschlägen konnten sich zahlreiche Bürger jedoch vorstellen dann doch einzusparen, wenn es anderes nicht gehe. Eine Mehrheit fanden vor allem Vorschläge, die die Verwaltungsstruktur betrafen, etwa die Zusammenlegung der bislang dezentralen Bürgerämter oder Einsparungen bei der Dienstwagenflotte der Stadt. Auch eine Sportstättennutzungsgebühr, das nächtliche Abschalten der Ampeln, der Verkauf städtischer Grundstücke, die Installation weiterer „Starenkästen“ und die Erhöhung der Hundesteuer fanden eine Mehrheit, während andere Steuererhöhungen, insbesondere bei Grund- und Gewerbesteuer durchfielen. Besonders heftig gestritten wurde um die traditionell gut aufgestellte Bonner Kulturlandschaft. Letztlich fielen jedoch Kürzungen bei Oper, Theater, Museen und den Zuschüssen für die freien Träger knapp durch.

Auch die meisten sozialen Leistungen der Stadt wollte eine Mehrheit der Bürger ebensowenig antasten wie die Leistungen im Bereich der Bildung, etwa bei der Ausstattung der Schulen oder im Bereich der Bibliotheken. Lediglich beim Bonnausweis, der sozial Bedürftigen finanzielle Hilfen bei Bus- und Bahn sowie nahezu allen Einrichtungen der Stadt gewährt, wollte eine Mehrheit der Beteiligten den Anteil der Eigenfinanzierung moderat anheben.

Ähnlich wie in der Runde unseres Verbandes fiel die Bewertung der Befragungsaktion durch die Bonner Politik uneinheitlich aus. Während Grüne und CDU das Projekt als Erfolg bewerteten, dessen Ergebnisse bei den Haushaltsberatungen zu berücksichtigen seien, kritisierte die SPD, das Verfahren sei nicht repräsentativ und anfällig für Manipulationen. Zudem habe - so SPD-Fraktionschef Klein gegenüber dem Bonner General-Anzeiger - die Befragung lediglich „ein buntes Meinungsbild zu einem Sammelsurium an Einzelpunkten“ ergeben.

So bleibt am Ende wohl festzuhalten, was FDP-Ratsfrau Maldonado bereits in unserer Runde auf den Punkt brachte: Das Heft des Handels liegt wieder beim Rat. Doch hat ein sich erstmals bislang unbekannt großer Anteil der Bürgerschaft öffentlich zu Wort gemeldet - nicht als diffuse „Wutbürger“, sondern weitgehend konstruktiv und mit einigen ganz konkreten und durchaus spannenden Ideen.

Alle Angaben – soweit nicht selbst erhoben – stammen von der Homepage der Stadt Bonn oder aus der Veröffentlichung des General-Anzeigers vom 18.2.2011.

Was bedeutet der Euro für Europa?

von Brigitte Bremer

Spätestens seit der Milliardenhilfe für Griechenland im Frühjahr 2010 machen sich immer mehr Menschen Gedanken über die Zukunft des gemeinsamen Euros und darüber, was die Politik leisten muss, um die Stabilität in Europa langfristig zu gewährleisten.

Zunächst liegt nahe, erst einmal zu definieren, welche Funktion das Geld, sprich der Euro als gemeinsame Währung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, hat. Gängige moderne Lexika stimmen zunächst in folgendem überein:

Der Euro ist ein allgemein akzeptiertes Tauschmittel und das nicht nur in Europa. Er wird entsprechend der Waren und Dienstleistungen, die man dafür kaufen kann, bewertet. Der Euro wird zur Abdeckung von Verpflichtungen, wie etwa Schulden, benutzt. In diesen Fällen geht es nicht um einen Austausch von Gütern, sondern um sogenannte Finanztransaktionen; er gilt als allgemein gültiges Zahlungsmittel. Er ist eine Recheneinheit und dient zur Wertaufbewahrung. Um diese Funktionen erfüllen zu können, muss der Euro wertbeständig sowie allgemein und international akzeptiert sein.

Eine bestimmte Einheit „Euro“ erlaubt es, den Wert aller Güter in Einheiten derselben Bezugsgröße auszudrücken und dadurch vergleichbar zu machen.

Der Euro kann die genannten Funktionen nur solange erfüllen, wie er „wertvoll“ – auch gerade gegenüber dem US-Dollar – bleibt. Man ist nur dann bereit, Waren gegen Euro herzugeben, wenn man darauf vertrauen kann, dass er stabil bleibt. Das Vertrauen in den Euro und seine Wertbeständigkeit bildet deshalb die Grundlage des gemeinsamen Geldwesens in der EU. Letztere ist auch die Voraussetzung für das Sparen. Man kann über den Euro zu einem späteren Zeitpunkt verfügen und hat eine Vorstellung über den angesparten Wert.

Ein stabiler Euro dient der Marktwirtschaft und erfüllt die insbesondere in der immer globaler agierenden Gesellschaft von allen Wirtschafts- und Handelsakteuren anerkannte Tauschfunktion. Die Knappheit des Geldes ist die Grundlage seines Wertes. Das anerkannte Steuerungsinstrument für den Bestand an Geld (Euro) ist die Geldmenge und die Zinspolitik. Im Zeitinterview vom 17. Februar 2011 betont Jean-Claude Trichet, dass der Euro zur Integration in immerhin inzwischen 17 Euroländern beigetragen hat und „unerlässlich“ ist, „um den Frieden, die Stabilität, und den Wohlstand der Länder Europas zu sichern“.

Das Ziel einer europäischen Währungspolitik sollte sein, für die Stabilität der Währung, also des Euro, zu sorgen. Die Bundesbank definiert Finanzstabilität „als die Fähigkeit des Finanzsystems, seine zentrale makroökonomische Funktion – insbesondere die effiziente Allokation finanzieller Mittel und Risiken sowie die Bereitstellung einer leistungsfähigen Finanzstruktur – jederzeit reibungslos zu erfüllen, und dies gerade auch in Stresssituationen und in strukturellen Umbruchsphasen“. Doch ist diese Finanzstabilität in dem heutigen Europa gewährleistet, nach dem die Staatsfinanzen als besonders angespannt eingeschätzt werden und die Bonität einzelner Staaten die Kreditwürdigkeit dort ansässiger Banken und Unternehmen belasten? Ist mit dem kurzfristigen Reagieren der Regierungen und Notenbanken in Europa auf die Hilferufe von Griechenland, indem sie mit Ländern der Europäischen Wirtschaftsunion (EWU) und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ein Hilfspaket zur Abwendung der Zahlungsunfähigkeit schnürten sowie die Einrichtung weiterer Stützungsmechanismen vornahmen, um ein Überspringen der Krise auf andere Länder zu vermeiden und die Rückführung der liquiditätspolitischen Sondermaßnahmen (Aufkäufe von Anleihen) der EZB zur Beruhigung der Märkte, der Stabilisierung des Systems genügend Rechnung getragen worden? Ein erfolgreiches Krisenmanagement sollte weitere Schritte zur Stärkung



der Finanzstabilität durch Politik und Marktteilnehmer vorsehen.

Eine der ersten Reaktionen vieler Politiker nach dem Ausbruch der Finanzkrise 2007 und der Zahlungsunfähigkeit Griechenlands zu Beginn 2010 war der Ruf nach mehr Regulierung. Diese Forderung wirkte zunächst wie ein Patentrezept. Dabei wird Regulierung für eine solide Ordnungspolitik gehalten und die Schaffung von guten rechtlichen Rahmenbedingungen für die Marktwirtschaft mit direkter Intervention in Wirtschaftsprozesse verwechselt. Altkanzler Helmut Schmidt hält im Interview des Zeitmagazins vom 17. Februar 2011 den Europapolitikern sogar vor, sie hätten „praktisch seit dem Vertrag von Maastricht 1991/92 nur noch eine Sache fertiggebracht: den Euro“. Wünsche nach Harmonisierung der Gesetze und Steuersätze, Gleichschaltung der Sozial- und Bildungspolitik sind jedoch keine Lösung zur Senkung der Schulden von Ländern, sondern ein weiterer Schritt in Richtung Zentralstaat. Eine gemeinsame Wirtschaftsregierung packt das Übel nicht an der Wurzel an, nämlich die strikte Einhaltung des 1992 geschlossenen Maastrichter Vertrages, sondern glaubt durch Gleichförmigkeit und zentraler Regulierung, die Finanzstabilisierung in den Griff zu bekommen. Die Ablösung des Hilfsfonds (auch Rettungsschirm genannt) durch einen noch stärker finanziell ausgestatteten Euro-Krisenfonds, hinterlegt mit weiteren Bürgschaften, kommt einer Sozialisierung von Schulden gleich - ebenso die Begehung von EU-Anleihen.

Zur Erinnerung: der Maastrichter Vertrag beschränkt die Defizitquote (Nettoneuverschuldung) auf unter 3% und die Schuldenstandsquote auf unter 60% des BIP. Des Weiteren sollte ein Land nur dann in die EU aufgenommen werden, wenn die Konvergenzkriterien erfüllt werden. Doch hier ist man mit Griechenland schon (zu) großzügig umgegangen. Auch versagte die Europäische Kommission sowie das Europäische Parlament, als die Griechen sich über Gebühr verschuldeten, so Helmut Schmidt im Zeitmagazin (17.2.2011).

Eine Regelung oder ein Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus hatte die EU bis zum Ausbruch der Krise nicht vorgesehen, geschweige denn eine Staatsinsolvenzordnung.

„Der Grund ist, dass für souveräne Staaten das zentrale Ordnungselement der Insolvenz fehlt, die Festlegung eines Zeitpunkts der Über- und der Umschuldung“, so Beatrice Weder di Mauro,

Mitglied des Sachverständigenrats, „auch der IWF kann die fehlende Insolvenzordnung nicht ersetzen“ (Handelsblatt 16.2.2011). Deshalb fordert Weder di Mauro, dass sich die EU-Zone einen neuen Ordnungsrahmen schafft, insbesondere mit klarer Definition, wann eine Überschuldung vorliegt.

Die Regierungen sollten nicht versuchen, durch Gleichschaltung der länderspezifischen Fiskal-, Sozial-, Tarif- und Bildungspolitik die europäische Vielfalt zu planieren. Besser als eine Euro-Wirtschaftsregierung „fürs Detail“ wären automatische Strafen beim Bruch klarer Schulden Grenzen, wie sie der Stabilitätspakt einmal vorsah.

Mit planwirtschaftlicher Globalsteuerung wird die EU im weltweiten Konkurrenzkampf nicht bestehen. Nur durch Wettbewerb auf dem gemeinsamen Binnenmarkt kann die EU wirtschaftlich erfolgreich bleiben. Somit bleibt klar zu fordern, die fiskalische Konsolidierung konsequent fortzusetzen.

Die nationalen und europäischen Fiskalregeln sind zu stärken, um die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern, und institutionelle Vorkehrungen zur Krisenbewältigung unter Einbeziehung privater Gläubiger zu treffen. „Das vorgesehene Verfahren, nach dem IWF, EZB, Kommission und Rat fallweise über die Beteiligung des privaten Sektors entscheiden sollen, wird keine genügend klare Erwartungsbildung ermöglichen“, so Weder di Mauro. Eine Marktdisziplin der europäischen Länder wird damit auf keinen Fall erreicht.

Es ist die Restrukturierung der Problembanken (z.B. Landesbanken) voranzutreiben oder sogar geordnet abzuwickeln, und es sind die international vereinbarten Standards der Finanzmarktregulierung strikt anzuwenden. Makroprudenzielle Instrumente (der einer Aufsichtsbehörde) sind weiterzuentwickeln und das Schattenbankensystem ist zu erfassen und in die makroprudenzielle Überwachung einbeziehen, fordert die Bundesbank in ihrem Finanzstabilitätsbericht. Einer unabhängigen Aufsichtsbehörde, wie die der Bundesbank, ist die Überwachung und die Aufsicht zu übertragen und rechtlich ist dies im Kreditwesengesetz zu verankern.

Ohne einen definierten und durchsetzbaren Ordnungsrahmen in der Eurozone wird es immer wieder zu hektischen Rettungsaktionen einzelner Länder und Banken kommen.

Nochmals:

„DAS AMT und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik“

von Harald Hofmann

Zwei Mitglieder des VLA haben das Buch besprochen: Klaus Allerbeck in „Liberalen Perspektiven“ (Nr.4/2010 S. XV ff) und Barthold Witte in „liberal“ (Nr.2/2011. S. 68 ff). Ich möchte diesen Rezensionen keine dritte folgen lassen, sondern mich auf einige Bemerkungen zum Buch und zu den Perspektiven der künftigen zeitgeschichtlichen Behandlung beschränken.

Das Buch ist, wie könnte es anders sein, auf Widerspruch gestoßen. Die Leser des Feuilletons und der Sektion „Leserbriefe“ der Frankfurter Allgemeinen Zeitung sind über das Pro und Contra, vor allem über das Contra am besten orientiert.

Mich betrübt an dem Buch im wesentlichen nur zweierlei: Dass es durch das krankheitshalber bedingte Ausscheiden des Bonner Historikers Klaus Hildebrand aus dem Gutachter- und Herausgebergremium etwas linkslastig geworden ist und dass die Herausgeber nicht deutlich gemacht haben, wer für welchen Abschnitt des Buches verantwortlich zeichnet.

Natürlich enthält das Buch Fehler, aus Historikerkreisen hört man sogar „zurück ins Proseminar“, über Auslassungen, Gewichtung u.ä. kann man trefflich streiten. Auch wird den Verfassern vorgeworfen, das Buch enthalte eigentlich nichts Neues, in den Veröffentlichungen der Akten des Auswärtigen Amtes sei alles enthalten. Das ist gewiss richtig, liegt aber insofern neben der Sache, als kaum anzunehmen ist, dass Millionen Deutscher in die Staats- und Universitätsbibliotheken strömen, um dort die Akten des Amtes zu studieren. Ein für die interessierte Öffentlichkeit verständliches Werk war daher –abgesehen vom Grund seiner Entstehungsgeschichte– durchaus angebracht.

Allerdings hat Professor Eckart Conze eine, wie ich meine unnötige Schärfe in die Debatte gebracht, indem er das Auswärtige Amt eine „verbrecherische Organisation“ genannt hat. Der Mitautor Prof. Norbert Frei hat in einem Interview darauf aufmerksam gemacht, den Ausdruck werde man im Buch nicht finden. So ist es. Der Ausdruck ist zumindest irreführend. Es handelt sich um einen Terminus Technicus aus den

Nürnberger Prozessen, wo gewisse nationalsozialistische Organisationen als verbrecherische Organisationen angeklagt waren, von denen einige wie z.B. SS und SD als solche verurteilt, andere wie z.B. die SA und die Reichsregierung freigesprochen wurden. Denkt man Conzes Gedanken weiter, fände man eine ganze Reihe verbrecherischer Organisationen, z.B. die Finanzbehörden, die Reichsbahn, die Banken, also alle Organisationen, die auf die eine oder andere Weise in den Holocaust verwickelt waren, und endete womöglich bald im Hinblick auf Arisierungsgewinnler und gewöhnliche Volksgenossen, die beim Erwerb jüdischen Eigentums Schnäppchen gemacht haben bei der Kollektivschuld des deutschen Volkes.

So ist also, das ist jedenfalls mein Resümee, auch das Auswärtige Amt von seiner Vergangenheit eingeholt worden. Es gehört zu den sog. Funktionseeliten, die versagt haben. Sie haben sich eingebilddet, sie könnten Adolf Hitler und sein Gefolge einrahmen und unter Kontrolle halten, ja für sich einspannen. Am besten erhellt das aus Äußerungen des früheren Reichskanzlers und unter Adolf Hitler zunächst Vizekanzlers Franz von Papen: „Wir haben ihn uns engagiert.“ „In zwei Monaten haben wir ihn in die Ecke gedrückt, dass er quietscht.“ Ein schwerer Irrtum.

Heute, glaube ich, stehen wir bei der weiteren Aufarbeitung der Vergangenheit vor einem Paradigmenwechsel, wenn er nicht schon begonnen hat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg hat sich eine Art Konsens herausgebildet, auf welchem Fundament die Bundesrepublik Deutschland beruht: Sie konnte nur aufgebaut werden unter Beteiligung des ganzen Volkes, also auch derer, die aus der Vergangenheit mehr oder weniger belastet waren. Dem gegenüber stand ein weiterer Konsens: Der Widerstand, das „Andere Deutschland“, der im Attentat auf Adolf Hitler am 20. Juli 1944 kumulierte. Davon war der von Kommunisten oder vermeintlichen Kommunisten geleitete Widerstand mehr oder weniger ausgeschlossen, der Antibolschewismus des Dritten Reiches setzte sich nahezu nahtlos in westdeutschem Antikommunismus fort. Dem Konsens um den Widerstand ging freilich eine z.T. erbitterter Debatte voraus. Er wurde nicht nur von Frontkämpfern als Dolchstoß in den Rücken der vor

allem im Osten in schweren Abwehrkämpfen verwickelten Soldaten gesehen. Das war nicht nur Hoch-, das war Landesverrat. Die strafrechtliche Aufarbeitung der Kriegsverbrechen fand anfänglich so gut wie überhaupt nicht statt und lief auch später nur äußerst zäh an. Der Ausdruck „Kriegsverbrecher“ für die von amerikanischen Militärgerichten z.B. als Leiter sog. Einsatzkommandos im Osten Verurteilten wurde nicht verwendet, man sprach nur von „Kriegsverurteilten“ und setzte sich für eine Generalamnestie ein. Die „Zeit“ hat erst im Januar 2011 an eine Protestdemonstration in Landsberg am Lech im Januar 1951 zu Gunsten von dort einsitzenden, zum Tode verurteilten Kriegsverbrechern in Erinnerung gerufen, angeführt von dem späteren CSU-Bundesjustizminister Richard Jäger und dem Bayerparteiabgeordneten Gebhard Seelos, übrigens einem von den Nationalsozialisten 1944 entlassenen Diplomaten. Bei dieser von 4 000 Menschen besuchten Demonstration kam es zu antisemitischen Ausschreitungen. Besonders abstrus waren die Auseinandersetzungen um die Wiedenzulassung der Kriegsorden: Man wollte sie tragen, wie man sie verliehen bekommen hatte, nämlich mit Hakenkreuz.

Heute sind Täter und Mittäter fast alle tot oder traurige Figuren wie der in München vor Gericht stehende Herr Demanjuk. Es gibt kaum noch Zeitzeugen. Auch die Generation der Söhne, zu denen ich mich zähle, stirbt aus. Wir haben die Zeit eher passiv erlebt. Aber immerhin: Als ich geboren wurde, war General Kurt von Schleicher Reichskanzler, gut 4 Wochen später kam Adolf Hitler zur Macht. Den ich, wir lebten vor dem Krieg in München, als Kind ein paar Mal gesehen habe. So z.B. im September 1938, ich war fünf, als er Chamberlain und Daladier vom Flughafen Oberwiesenfeld zur Sudetenkonferenz abholte, unsere Siedlung lag an der Straße zum Flugplatz. Sie lag freilich auch an der Dachauer Straße, wo ich kurz darauf Lastwagen mit schreienden Menschen auf dem Weg nach Dachau sah, es war der Tag nach der sog. Reichskristallnacht. Und meine Mutter nahm mich mit in die Stadt in ein jüdisches Warenhaus, wo ich immer gern Rolltreppe gefahren bin. Die war total zerstört, das Kaufhaus war „vandalisiert“, wie man in Skandinavien so schön sagt. Natürlich wurde ich 1942 Mitglied des Jungvolkes.

Die Verfasser des Buches kennen derlei nicht aus persönlichem Erleben, auch das, was ich über das Entstehen der Bundesrepublik gesagt habe. Das ist kein Vorwurf, sondern ein Fakt. . Die in Deutschland lehrenden Professoren Eckart Conze und Norbert Frey sind 1963 bzw. 1955 geboren. Die zahlreichen Mitarbeiter, die im Buch mit

aufgeführt sind, dürften vermutlich noch einiges jünger sein als die Ordnenen.

So geht also die zeitgeschichtliche Forschung in die Hände der „Generation der Unbefangenen“ über, wie sie Klaus Allerbeck in seiner Besprechung zutreffend genannt hat. Die wird vieles auf den Prüfstand stellen, Motivationen (auch von Widerstandskämpfern) hinterfragen und die Verstrickungen, in denen sich so mancher damaliger Zeitgenosse befand, anders bewerten oder unberücksichtigt lassen. Schließlich handelt es sich bei den Betroffenen um Ur- oder gar Urur-großväter, die man bestenfalls von Fotos kennt. Helmut Kohl hat von der „Gnade der späten Geburt“ gesprochen und ist für diesen Ausspruch kritisiert worden. Ich habe die Kritik nie verstanden, mir haben diese Worte sehr geholfen. So habe ich mich bei dem Besuch der Wewelsburg im Zuge unseres Paderborner Convents bei der Besichtigung des „Saales der Obergruppenführer“ gefragt, wer von uns vielleicht dort gesessen hätte, hätte der Krieg einen anderen Verlauf genommen.

So bleibt zu hoffen, dass bei der künftigen historischen Bearbeitung der Zeit des Dritten Reiches und seiner Folgen aus der „Gnade der späten Geburt“ nicht eine „Arroganz der späten Geburt“ wird und die jungen Historiker bei der Bewertung des Verhaltens unserer Altvordenen an den ebenso schönen wie deftigen Satz von Martin Luther denken: „Auf fremdem Arsch ist gut durch Feuer reiten“.



„Das Amt und die Vergangenheit“ ist inzwischen auch bei der Bundeszentrale für politische Bildung erschienen.

Freiheit neu Denken – Eine Aktion des LHG

von Martin Worch

Ende Januar 2011 wurde in Mainz auf der LHG-Bundesmitgliederversammlung von Johannes Knewitz die Bundes-LHG-Kampagne 2011 vorgestellt. Sie heißt „Freiheit neu denken...“ und möchte weniger konkrete Inhalte vermitteln, als Studenten das Gedankengut des Liberalismus näher bringen.

„Freiheit neu denken...“ spiegelt die Vielfalt des Liberalismus wider, gibt einen Eindruck seiner Tiefe und herrliche Beispiele von Menschen, die der Freiheit in ihrem Werk und ihrem Leben ein Denkmal gesetzt haben. Fünf liberale Ikonen aus der Geschichte geben auf Plakaten und Postkarten an den Hochschulen der Bundesrepublik Deutschland ihr Statement zur Freiheit, wie sie sie neu gedacht haben.

Der LHG sagt, zwischen der äußeren Linken und der äußeren Rechten reklamiert alles und jeder die Freiheit für sich. Ist ja auch ein schöner Begriff, man kann ihn so schön drehen und biegen, man ist so frei. Aber Freiheit hat nur eine Richtung. Sie ist und bleibt die Abwesenheit von Zwang und bezieht sich immer auf das Individuum, jeden einzigartigen Menschen. Sie darf, sie muss eingeschränkt werden – aber es wäre falsch, zu behaupten, dass dies ein mehr an Freiheit wäre. Was Freiheit noch bedeutet, wie man sie erlangt, wie sie gestaltet werden sollte, weshalb sie eingeschränkt werden kann und insbesondere, wieso Freiheit überhaupt dem Menschen das Heiligste sei, das sind die Fragen, denen sich große und kleine Menschen seit Jahrhunderten widmen.



Freiheit neu denken... wie die Liberalen Hochschulgruppen.

Jedes Individuum ist einzigartig. Menschen dürfen nicht in Formen gepresst, normiert und gebremst werden. Daher setzen wir uns dafür ein, dass der Wert der Freiheit wieder Konjunktur hat, dass Vielfalt gelebt wird und liberales Gedankengut, wie es die Ikonen dieser Kampagne vertreten, auch wieder in die Diskussionen und Literaturlisten Deiner Hochschule einziehen.

Mehr Informationen zu Friedrich Schiller, Marie Curie, Albert Schweitzer, Arno Esch und George Clinton findest du unter www.freiheit-neu-denken.de.

Deine Liberale Hochschulgruppe.

Mach mich frei!

 **LHG**
freiheit-neu-denken.de

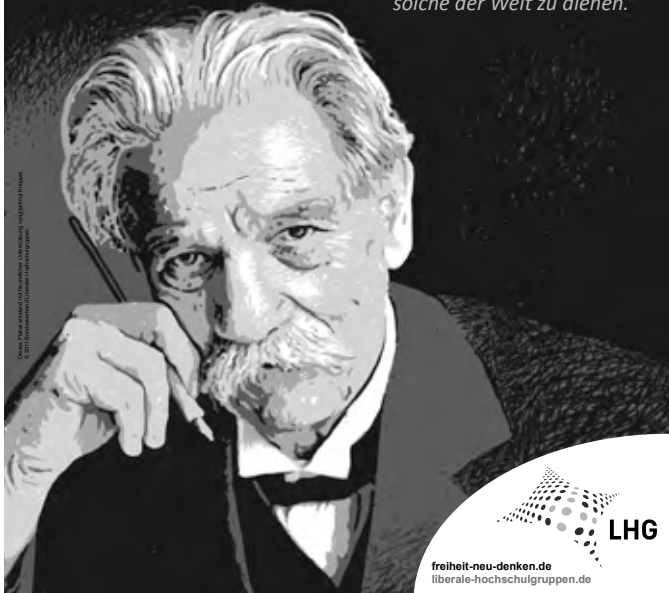
LHG Bundesverband • Alsterstraße 3b • 10115 Berlin • www.bundes-lhg.de • kontakt@bundes-lhg.de
Diese Postkarte entstand mit freundlicher Unterstützung der FDP Bad Sobern.

Auf den Rückseiten der Postkarten-Fassungen wird das Anliegen der Kampagne erklärt.

Freiheit neu denken...

... wie Albert Schweitzer, 1931

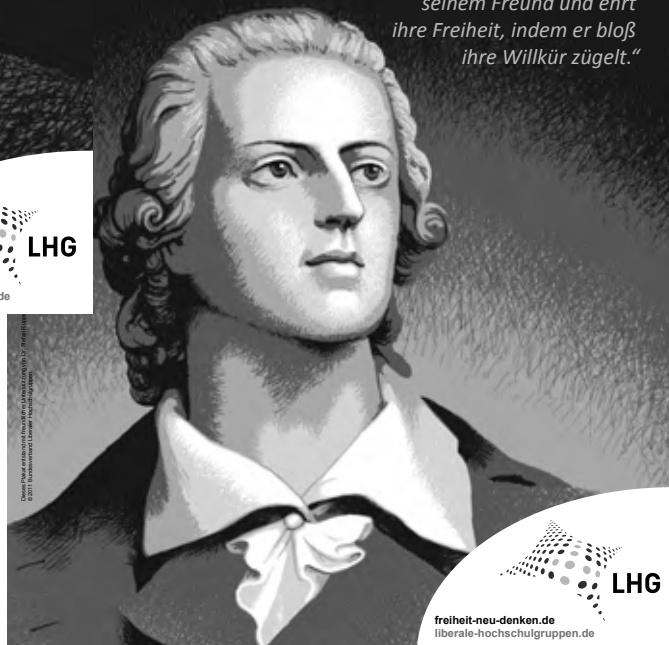
„Die tiefste innere Freiheit von der Welt ist diejenige, nach der der Mensch strebt, um eine ethische Persönlichkeit zu werden und als solche der Welt zu dienen.“



Freiheit neu denken...

... wie Friedrich Schiller, 1793

„Der gebildete Mensch macht die Natur zu seinem Freund und ehrt ihre Freiheit, indem er bloß ihre Willkür zügelt.“



„Freiheit neu denken...“ ist eine Kampagne des Bundesverbandes Liberaler Hochschulgruppen (LHG). Dem LHG ist wichtig, den Liberalismus als ganzheitliches, sich auf alle Lebensbereiche erstreckendes Prinzip darzustellen und aufzuzeigen, welche schiere Kraft dem Menschen innewohnt, wenn er nicht gegängelt wird und eine innere Freiheit besitzt.

Die Plakate (DIN A-2) und die Postkarten wurden auf der Bundesmitgliederversammlung in Mainz den Delegierten der regionalen Gruppen vorgestellt und mitgegeben.

Bei der Fertigung der Plakate und Postkarten gab es eine breite internationale Zusammenarbeit: Der Entwurf stammt aus der Slowakei und

gedruckt wurde in Würzburg – die gesamten Kosten hierfür übernahm der VLA.

Bereits 2009 (!) auf dem Sommerfest der FDP im hessischen Kronberg wurde für die Unterstützung dieser Aktion und um Spenden geworben.

Genau wie der LHG auf der Internetseite www.freiheit-neu-denken.de wollen wir uns bei diesen Spendern bedanken. Dort heißt es: Wir bedanken uns für die freundliche Unterstützung von Liane Knüppel, Dr. Hartmut Knüppel, Dr. Stefan Ruppert, MdB, Brigitte Bremer, Prof. Dr. Klaus Allerbeck, Dr. Michael Daemgen, Steffen Glöckler, dem Verband Liberaler Akademiker (VLA) sowie den FDP-Ortsverbänden Usingen, Bad Soden und Kronberg.

Freiheit neu denken...

... wie Arno Esch, 1948

„Wenn das Suchen und Tasten nach
grundlegend neuen Begriffen bisher erfolglos
blieb – erfolglos bleiben musste – dann
deshalb, weil uns der Mut zum
konsequenten Denken fehlte.“



freiheit-neu-denken.de
liberale-hochschulgruppen.de

Freiheit neu denken...

... wie George Clinton, 1970

„Free Your Mind ...
And Your Ass Will
Follow“



freiheit-neu-denken.de
liberale-hochschulgruppen.de

Diese Aktion und Plakatreihe ist ausbaufähig. Bei den Vorschlägen unter „Deine Ikonen“ gibt es bereits einen Vorschlag von Philipp Karstädt von der LHG FU-Berlin für einen der Gründerväter der USA, den 1704 verstorbenen Philosophen und Verfassungstheoretiker John Locke und von mir selbst für den amerikanischen Journalisten und Schriftsteller Henry L. Mencken aus Baltimore der 1956 verstarb.

Ihre besondere Unterstützung dieser Aktion können Sie uns durch Überweisung auf unser Spendenkonto zukommen lassen. Soweit Sie am Einzugsverfahren teilnehmen genügt auch ein entsprechender (schriftlicher, mündlicher) Hinweis an uns.

Hier die Bankverbindung des VLA:

Postbank Köln

BLZ 370 100 50 Konto 2061 40 508

IBAN: DE45 3701 0050 0206 1405 08

BIC: PBNKDEFF

Neuer LHG-Bundesvorstand gewählt

Vom 21. bis zum 23. Januar fand in Mainz die Mitgliederversammlung des LHG-Bundesverbands statt. Nachdem Johannes Knewitz mit der Kampagne „Freiheit neu denken“ ein großes Projekt seiner Amtszeit glücklich vorstellen konnte, verabschiedete er sich mit fast allen bisherigen Mitstreitern aus dem Bundesvorstand. Einzig Kristina Kämpfer von der LHG an der FU Berlin blieb dem Bundesvorstand erhalten und rückte auf den Posten der Vorsitzenden. Sie und ihre neuen Vorstandskollegen stellen sich an dieser Stelle vor:

Kristina Kämpfer

Bundvorsitzende

Kristina Kämpfer (21) studiert Politikwissenschaft auf Bachelor im fünften Semester an der Freien Universität Berlin. Kristina ist seit ihrem ersten Semester bei der LHG an der FU Berlin aktiv, deren Vorsitz sie auch schon inne hatte. Sie sitzt seit zwei Jahren im Studierendenparlament und war an der Neukonzipierung ihres Studiengangs beteiligt.



Kai Kreisköther

Schatzmeister

Kai D. Kreisköther (25) studiert Maschinenbau (Vertiefung Produktions- und Qualitätsmanagement) und wird voraussichtlich im Frühjahr mit seiner Diplomarbeit beginnen. Kai ist seit Anfang 2008 Mitglied der LHG Aachen und in der Zeit fast 2 Jahre im Vorstand tätig gewesen. In Aachen sitzt er im Studierendenparlament und war bis Oktober 2010 im AStA tätig.



Michael Ziegler

Stellvertretender Vorsitzender für Organisation

Michael Ziegler (28) studiert in Darmstadt Informationssystemtechnik und war aktiv an der Neugründung der dortigen LHG beteiligt, deren stellvertretender Vorsitzender er seitdem ist. Neben seinem Engagement für die LHG ist Michael als JuLi-Bezirksvorsitzender Südhessen-Starkenburger auch bei den Jungen Liberalen und der FDP gut vernetzt.



Daniel Oetzel

Stellvertretender Vorsitzender für Programmatik

Daniel Oetzel (23) studiert Lehramt an Gymnasien mit den Fächern Geschichte und Biologie an der Universität Hamburg. Seit dem 3. Semester ist er in der LHG Hamburg aktiv und seit Juli 2010 deren stellvertretender Vorsitzender. Im April letzten Jahres wurde er in den AStA der Uni Hamburg als Referent für Service, Ökologie, Sport und Internationales gewählt. Durch seine Arbeit in diesem Gremium kann er auf hochschulpolitische Erfahrung in zahlreichen Bereichen zurückgreifen.



Sven Hilgers

Stellvertretender Vorsitzender für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Sven Hilgers (22) studiert Politikwissenschaften auf Bachelor an der Freien Universität Berlin. Sven ist seit seinem ersten Semester an der LHG FU Berlin aktiv, sitzt im Studierendenparlament und ist außerdem Landesvorsitzender der Liberalen Hochschulgruppen in Berlin/Brandenburg. Erfahrungen mit Presse und Öffentlichkeitsarbeit hat er unter anderem in Praktika bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in einer Werbeagentur und der Rheinischen Post gesammelt.



Nicolas Thoma

International Officer (kooptiert)

Nicolas Thoma (28) studiert Politikwissenschaften und Öffentliches Recht an der Universität Bamberg, an welcher er sich seit Beginn seines Studiums hochschulpolitisch engagiert. Von Februar 2009 bis November 2010 war er Vorsitzender der dortigen LHG.



Der neue Bundesvorstand bei seinem Klausurwochenende im März

Liberales Studentengruppe 2011 gesucht

Worum geht's ?

Der Verband Liberaler Akademiker (VLA) sucht jedes Jahr die Liberale Studentengruppe des Jahres. Die Auszeichnung erhält die liberale Studentengruppe, die am eindrucksvollsten Studierendeninteressen an ihrer Hochschule und den liberalen (Studenten)organisationen formuliert und vertritt.

Wer kann mitmachen ?

Natürlich jede liberale Studentengruppe in Deutschland. Erwartet wird eine umfassende Vorstellung mit einer Darstellung der Arbeit der liberalen Studentengruppe an ihrer Hochschule, den Fachbereichen, den Gremien der akademischen und studentischen Selbstverwaltung und ihren Aktivitäten im LHG-Bundes- und Landesverband. Die Bewerbung muß bis zum Montag, den 30. Mai 2011, schriftlich in der gemeinsamen LHG/VLA-Geschäftsstelle, Ackerstraße 3 b, 10115 Berlin, und/oder bei der elektronischen Adresse VLA@LIBERALE-AKADEMIKER.DE eingegangen sein.

Wie geht's dann weiter ?

Über die Auszeichnung entscheidet eine siebenköpfige Jury, die vom VLA und der LHG eingesetzt wurde. Die Ehrung und Übergabe der Auszeichnung erfolgt auf dem Pfingstseminar des VLA vom 10. bis 12. Juni 2011 in Bad Zwischenahn.

Nur für die Ehre ?

Zusätzlich zur Auszeichnung wird ausschließlich in Bad Zwischenahn eine Geldzuwendung von 250 Euro sowie eine Sachzuwendung (fünf Tagungsbeiträgen für Veranstaltungen von LHG und VLA) an Mitglieder der Gewinnergruppe übergeben. Mitglieder anderer Gruppen, die sich am Wettbewerb beteiligt haben, können Anerkennungspreise übergeben werden.

Was sonst noch ?

Der Rechtsweg ist natürlich ausgeschlossen.

Aufnahmeantrag (bzw. bei Mitgliedern Datenänderung)

Angaben zur Person

Anrede [] Frau [] Herr Titel [] Dr. [] Prof.

Geburtsdatum* [..][..][..][..][..][..][..][..][..][..]

Nachname

Vorname

Telefon/Fax*

Straße

Handy*

PLZ Ort

e-Mail*

Tätigkeit*

Mitgliedschaft

Mitgliedsart [] Senior [] studierendes Mitglied

Studienort*

Die mit einem Sternchen (*) versehenen Angaben sind freiwillig.

bzw. Datenänderung (bei Mitgliedern) []

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zum VLA.

Von der Satzung habe ich Kenntnis genommen und ich unterstütze die Ziele des VLA.

Mein Mitgliedsbeitrag [.....][.....][.....] Euro/Jahr

Der Convent des VLA 2001 hat den Mindestbeitrag auf Euro 60,- für Senioren und auf Euro 15,- für Studierende in den ersten drei Mitgliedsjahren festgesetzt. Mitgliedsbeiträge können steuerlich geltend gemacht werden.

Einzugsermächtigung

Datum, Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin

Kontoinhaber

Ich ermächtige den VLA widerruflich, die von mir zu entrichtenden Mitgliedsbeiträge bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos im Lastschriftverfahren einzuziehen. Wenn mein Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Kreditinstitutes keine Verpflichtung zur Einlösung.

Geldinstitut

Kontonummer

BLZ

bzw. IBAN

Datum, Unterschrift des Antragstellers/der Antragstellerin

BIC (Swift Code)

IBAN und BIC stehen auf dem Kontoauszug Ihrer Bank



Vernetzen Sie sich mit uns auf Facebook

Bitte diesen Antrag an die Geschäftsadresse senden, oder an:

Spendenkonto - Bankverbindung des VLA

Martin Worch
Holzener Str. 40
44267 Dortmund

Postbank Köln BLZ 370 100 50 Konto 206140 508
IBAN DE45370100500206140508
BIC PBNKDEFF

**VERBAND LIBERALER AKADEMIKER –
Seniorenverband liberaler
Studenten e.V. Ackerstr. 3 b –
10115 Berlin**
Telefon 030 28 38 94 21
TELEFAX 030 28 38 94 25
E-MAIL: VLA@LIBERALE-AKADEMIKER.DE

SITZ DES VEREINS: BERLIN, GEGRÜNDET 1955 IN BONN
REGISTERGERICHT:
AG BERLIN (CHARLOTTENBURG), VR 23444 B
STEUER NUMMER: 27/680/58186
VOM FINANZAMT FÜR KÖRPERSCHAFTEN I (FFK), BERLIN,
WURDEN WIR ALS GEMEINNÜTZIGER VEREIN ANERKANNT.
INTERNET: WWW.LIBERALE-AKADEMIKER.DE

VORSTAND – PRÄSIDIUM:
DR. MICHAEL DAEMGEN (PRÄSES),
BRIGITTE BREMER (VIZEPRÄSES), STEFFEN GLÖCKLER (VIZEPRÄSES)
MARTIN WORCH (SCHATZMEISTER), HELMUT DINTER (SCHRIFTFÜHRER)
SVEN-OLIVER WOLFF (BEISITZER), WOLF DERMAN (BEISITZER)